

werden, daß in zunehmendem Maße die Einnahmen aus eigenen Leistungen erhöht werden können, daß das Aufwand-Nutzen-Denken und das wirtschaftliche Rechnen in den Städten und Gemeinden gefördert wird und daß die ökonomischen Beziehungen der Räte zu den Betrieben enger gestaltet werden. Das alles gehört mit zur Durchführung dieses Beschlusses über die Haushalt- und Finanzwirtschaft.

Nun gibt es in den Kreisen auch noch neue Strukturprobleme. Es gibt — wie ich schon darlegte — neue Beziehungen der Betriebe untereinander, die deren Interessen nach Kooperation entsprechen. Es gibt Betriebe, die in verschiedenen Formen der Erzeugnisgruppen zusammengeschlossen sind. Es gibt landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, die sich über Orts- und Kreisgrenzen hinweg vereinigt haben und die mit Betrieben der Nahrungsgüterproduktion kooperieren. Das heißt, diese landwirtschaftlichen Betriebe sind territorial zum Kooperationsverband zusammengeschlossen und sind gleichzeitig vertikal mit der Leitung des betreffenden industriellen Spezialbetriebes — der Zuckerfabrik, dem Schlachthof, der Molkerei usw. — verbunden. Das ist die normale Entwicklung, wie sie sich bei uns von unten nach oben vollziehen wird.

Ich betone ausdrücklich: Wir wollen keineswegs, daß die Kreisräte jetzt ein Netzwerk machen, wie die Kooperation organisiert werden soll. Es handelt sich vielmehr darum, die Menschen zu überzeugen, damit sie diese Kooperationen aus eigener Kraft mit eigenem Verstand organisieren. Unsere Aufgabe ist es, Überzeugungsarbeit zu leisten, damit die Menschen verstehen, daß dieser Fortschritt im Interesse der sozialistischen Wirtschaft insgesamt und in ihrem persönlichen Interesse liegt; denn sie haben doch auch persönlich Nutzen aus der Entwicklung einer Kooperationsgemeinschaft.

Selbstverständlich ergeben sich daraus eine Reihe neuer Probleme für die Stadträte und für die Gemeinderäte. Wenn ein Kooperationsverband fünf oder sechs Gemeinden umfaßt, entwickelt sich allmählich eine Gemeinschaft dieser Gemeinden, entwickelt sich *von unten her* ein Gemeindeverband. Der Rat des Kreises wird zur Kenntnis nehmen, daß sich der Kooperationsverband entwickelt. Er wird darüber nachdenken, wie, wenn diese Entwicklung schon weiter fortgeschritten ist, die Gemeinden zusammenarbeiten, wie sie das Finanzwesen vereinfachen usw. Das gilt auch für Kultureinrichtungen und für die Schulen.

Die Frage lautet dann: Wo liegt der Siedlungsschwerpunkt? Dort werden bevorzugt Schulen gebaut! Wo werden die Dienstleistungskombinate gebaut oder konzentriert? Wo wird die Kaufhalle gebaut? Die Kaufhalle wird dort gebaut, wo es den neuen strukturellen Bedingungen, die sich aus der Entwicklung der Kooperationsverbände ergeben, am besten entspricht. Das heißt, man kann die Kaufhalle nur dort bauen, wo das Zentrum eines Kooperationsverbandes entsteht.

Ein kluger Kreisrat wird sich sagen: Bei mir sind die Kooperationsverbände noch nicht soweit entwickelt; also lasse ich die Entscheidung über den Standort der Kaufhalle noch ein, zwei Jahre offen. Das wäre richtig. Die wirtschaftliche Entwicklung wird zeigen, welche Gemeinden im Rahmen eines Kooperationsverbandes am zweckmäßigsten zusammenarbeiten. Erst wenn das klar ist, werden die anderen Schlußfolgerungen gezogen. Bis dahin sollten die abzuleitenden Entscheidungen aufgeschoben werden.

Für ein hohes  
Niveau unserer  
Partei-  
mitglieder-  
versammlungen

Um alle diese Aufgaben zu lösen, scheint das Wichtigste zu sein, die Partei-mitgliederversammlungen regelmäßig durchzuführen und interessant zu gestalten. Das Parteimitglied muß selber nachfragen: Wann findet denn die nächste Parteimitgliederversammlung statt? Das Parteimitglied muß überzeugt sein, daß es aus einer solchen Mitgliederversammlung neue Anregungen mitnimmt, daß durch die Diskussion Fragen politischen Charakters, ökonomischen Charakters und auch kulturelle Fragen beantwortet werden. Diese Atmosphäre muß in der Parteiarbeit überall geschaffen werden. Wenn wir das